

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 259 (1980)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bühner, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-376359>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

von Dr. phil. Walter Bühner

A. Weltpolitik

Kein Ereignis hat die Weltöffentlichkeit im vergangenen Jahr auch nur annähernd so stark beschäftigt wie die iranische Revolution. Krisenherde gab es zwar in aller Welt genug; nirgendwo waren jedoch die Auswirkungen derart unberechenbar wie in Persien. Denn Iran hatte bislang kräftig mitgeholfen, den unersättlichen Energiedurst der Industriestaaten des Westens zu befriedigen (als zweitgrösster Erdölexporteur nach Saudi-Arabien). Irans hochgerüstete Armee kontrollierte auch die für den gesamten Westen lebenswichtige (Erdöl-)Versorgungssader durch die Meerenge

von Hormuz am Ausgang des Persischen Golfes. Schliesslich war das persische Kaiserreich stets ein verlässlicher Verbündeter des Westens an einer strategisch wichtigen Nahtstelle (zwischen Arabien, der Sowjetunion und dem Indischen Ozean) gewesen, darüber hinaus auch ein geschätzter Kunde westlicher Exportprodukte.

Die Erschütterung kam nicht von aussen. Das Imperium des Schahs, buchstäblich auf Sand gebaut, brach vielmehr unter der aufgestauten Volkswut zusammen. Die gewaltigen Einnahmen aus den Ölverkäufen waren stets nur einer kleinen Schicht von Schah-Günstlingen zugute gekommen; industrielle



Massenkundgebungen führten schliesslich zum Sturz des Schah-Regimes. Zu Demonstrationen zugunsten der islamischen Republik Iran rief Schiitenführer Khomeiny auch in der Folgezeit wiederholt auf. (KEYSTONE)

Grossprojekte und Massenimporte aus dem Ausland hatten das lokale Gewerbe und den einheimischen Kleinhandel zunehmend bedroht; Landflucht und steigende Inflationsraten hatten in den Städten ein Heer von Notleidenden geschaffen, die nichts zu verlieren hatten. Entscheidend für den Ausbruch der iranischen Revolution waren letzten Endes zwei Ursachen: eine allgegenwärtige Geheimpolizei, die jede oppositionelle Regung im Keim erstickte sowie die zunehmende geistige Entwurzelung der Bevölkerung in einem System, das unbesehen allen «Fortschritt» zu übernehmen trachtete und in welchem schliesslich nur noch das Geld zählte.

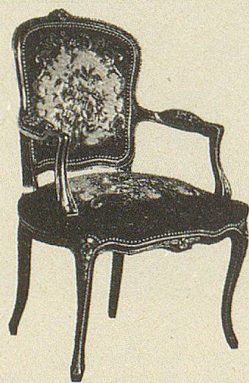
Die Schah-Gegner, die sich aus allen Bevölkerungsschichten zusammensetzten, fanden für ihren Kampf im schiitisch-islamischen Glaubensbekenntnis die einigende Kraft; nach der Machtübernahme durch den Schiitenführer Khomeiny drohte sich die neu proklamierte islamische Republik indessen ihrerseits wieder in eine Diktatur zu verwandeln: Schleierzwang für Frauen, Moralgesetze, neue Pressezensur-Massnahmen und das unheilvolle Wirken der Revolutionsgerichte warfen ihre düsteren Schatten voraus...

Hätte der Westen den «Verlust» Irans verhindern können? Vielleicht, wenn die Verbündeten des Kaiserreiches die verhängnisvollen (wirtschaftlichen und politischen) Fehlentwicklungen nicht während Jahrzehnten geradezu blind unterstützt hätten. So jedoch war es durchaus verständlich, dass der Kampf gegen das Schah-Regime einher ging mit der schroffen Ablehnung westlicher «Kultur» ins-

gesamt, wobei davon die marxistische Ideologie nicht ausgeklammert wurde.

Das (vorübergehende) Ausbleiben iranischen Erdöls auf dem Weltmarkt hatte bald spürbare Verknappungen und Preissteigerungen zur Folge. Sie demonstrierten einmal mehr die unheilvolle Abhängigkeit unserer Zivilisation vom Erdöl. Noch weiter verstärkt wurde das Energieproblem durch die «Beinahe-Katastrophe» in einem Kernkraftwerk bei Harrisburg im US-Staat Pennsylvania; sie zeigte mit aller Deutlichkeit, welche Risiken mit der friedlichen Nutzung der Atomkraft noch immer verbunden sind.

Die Ereignisse in Iran fanden auch ihren Niederschlag im schleppenden Gang der Friedensverhandlungen zwischen Israel und Ägypten. Mit zwei unkonventionellen diplomatischen Kraftakten (Camp David; Reise nach Kairo und Jerusalem) gelang Präsident Carter dennoch das Unmögliche: In Washington setzten Begin und Sadat ihre Unterschriften unter ein Abkommen, das 30 Jahre Krieg zwischen den beiden Nationen beendete. Doch Frieden bringt das Dokument der unruhigen Nahost-Region (voraussichtlich) noch lange nicht. Auf Drängen der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) verurteilten fast alle arabischen Länder das Vertragswerk und brachen ihre diplomatischen Beziehungen zu Kairo ab. Ob Sadat diesem gewaltigen Druck standhalten kann, wird sowohl von der erwarteten Wirtschaftshilfe aus dem Westen als auch von der Bereitschaft Israels abhängen, den ägyptischen Vorstellungen über die Lösung der Palästinenserfrage und die Zukunft



Neuanfertigungen, sowie Restaurierungen
von sämtlichen Stilarten.

Grosse Stilstoffauswahl.

X. Wirth, Polsterei, Gais

Telefon 071 93 15 77

der (noch) besetzten Gebiete entgegenzukommen.

Ebenfalls ein Durchbruch gelang der amerikanischen Diplomatie im Fernen Osten: die Aufnahme normaler Beziehungen zur Volksrepublik China. Beiden Seiten war mit diesem Schritt gedient: Amerikas Wirtschaft erhielt Zugang zum zukunftssträchtigen chinesischen Markt, während Maos Erben auf amerikanische Technologie und Kapitalhilfe für den vorgesehenen «grossen Sprung ins 21. Jahrhundert» hoffen durften.

Chinas Annäherung an den Westen war auch durch das Verhalten Vietnams bedingt: Der Ausweisung von gegen 200 000 Chinesen aus diesem Land waren gleichsam Schlag auf Schlag ein Bündnisvertrag mit Moskau und die Invasion Kambodschas gefolgt, dessen tyrannisches Regime seinerseits mit Peking verbündet war. Alle diese Vorgänge empfand man in Peking wenn nicht als Bedrohung, so doch als nicht tolerierbaren Gesichtsverlust. Der Denkkzettel für Hanoi blieb denn auch nicht lange aus: In einer begrenzten «Strafaktion» wurden dem Gegner schwere Verluste zugefügt. Der erhoffte Rückzug vietnamesischer Truppen aus Kambodscha blieb jedoch aus. Die Leidtragenden des (nord)vietnamesischen Machthungers waren wiederum die Völker Indochinas — abermals entflohen Hunderttausende der kommunistischen Zwangsherrschaft, zumeist unter Lebensgefahr auf wenig seetauglichen Fischerbooten.

Die offizielle «Aussöhnung» zwischen China auf der einen, Japan und den Vereinigten Staaten auf der andern Seite, blieb nicht ohne Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen den beiden Supermächten. Vor die Wahl zwischen «Kooperation» und «Konfrontation» hatte US-Präsident Carter die Kreml-Gewaltigen in einer vielbeachteten Rede gestellt. Doch Moskau liess sich weder von vehementen Protesten gegen seine Menschenrechtspolitik noch von Handelssanktionen beeindrucken. Im Gegenteil: die Verfolgung von Dissidenten erreichte zeitweise neue Höhepunkte. Offiziell bekundeten beide Seiten ihr Interesse an einer Fortsetzung der Entspannungspolitik; doch Moskau liess sich dadurch

in keiner Weise von einer geradezu hektisch betriebenen Aufrüstungspolitik abhalten. Amerikas Reaktionen fielen eher schwächlich aus: Der Bau eines neuen Bombers (B-1) wurde gestrichen, jener der umstrittenen Neutronenbombe immer wieder vertagt.

Dennoch gelangten die beiden Supermächte nach mannigfaltigen Verzögerungen schliesslich zum Abschluss eines weiteren Abkommens über die strategische Rüstungsbegrenzung (SALT II), in der beiderseitigen Erkenntnis, dass es zumindest einen globalen Atomkrieg zu verhindern gelte. Dabei liess Parteichef Breschnew freilich nie einen Zweifel offen, dass Moskau den Wettbewerb mit den kapitalistischen Staaten auch in Zukunft fortzusetzen gedenke.

In seinen unablässigen Bestrebungen, in den Staaten der Dritten Welt an Einfluss zu gewinnen, konnte der Kreml freilich weit weniger «Erfolge» verbuchen als in den Jahren zuvor: Afghanistan fiel zwar durch einen Staatsstreich unter prosowjetische Herrschaft; der erbitterte Widerstand zahlreicher Gebirgsstämme im Zeichen des Islams droht die Russen indes immer mehr in ein vorderasiatisches «Vietnam» zu verwickeln. Ugandas blutrünstiger Diktator Idi Amin — von den Sowjets ebenfalls während Jahren umhatschelt — wurde von tansanischen Truppen vertrieben. In Zaire bereitete die entschlossene Reaktion Frankreichs, Belgiens und Marokkos der Invasion der Kupferprovinz Shaba durch von Kubanern unterstützte Aufständische ein rasches Ende. Allenthalben auf dem afrikanischen Kontinent wird heute das Auftreten kubanischer «Hilfstruppen» mit Misstrauen beobachtet; immer mehr Drittweltländer fordern vom Ostblock nicht nur Waffenlieferungen, sondern ebenfalls echte Entwicklungsleistungen.

Auch der Westen hat in Afrika nach wie vor seine «Hypothecken»: die Republik Südafrika, die ihre Politik der Rassentrennung zwar spürbar gelockert hat; Namibia, das bislang von Südafrika verwaltete Mandatsgebiet, welches sich auf der Gratwanderung in die Unabhängigkeit befindet; Rhodesien schliesslich, das bürgerkriegsgeschüttelte Land,

wo eine schwarze Regierung auf Grund demokratischer Wahlen installiert werden konnte, die freilich nicht die Anerkennung der Guerillaorganisationen und des übrigen Schwarzafrika findet.

Die Vorgänge in Afrika und Asien empfand man in Westeuropa mehr als sanftes Wetterleuchten denn als Ankündigung drohender Gewitter, und auch die sowjetischen Rüstungsanstrengungen wurden mit geradezu sträflichem Gleichmut hingenommen. Nur widerwillig rangen sich die NATO-Staaten zu einer Erhöhung ihrer Verteidigungsanstrengungen durch. Dennoch gab es auf dem «alten Kontinent» durchaus Erfreuliches zu registrieren: Während sich Portugal mit der Staatsform der Demokratie noch immer schwer tat, vollzog Spanien unter König Juan Carlos I. den endgültigen Abschied von der franquistischen Diktatur (neue Verfassung, Parlamentswahlen); ungelöst blieb das Problem des Baskenlandes.

Frankreich genoss unter der Führung Präsident Giscard ein Jahr geradezu erstaunli-

cher politischer Stabilität, wobei sowohl die Linke als auch die französische Rechte fortführen, sich durch interne Streitigkeiten zu lähmen. Einzig die Streikaktionen lothringischer Stahlarbeiter liessen erkennen, dass der Burgfriede an der sozialen Front angesichts harter Wirtschaftsmassnahmen der Regierung an einem dünner gewordenen Faden hängt.

Monatelange Streiks hatte das Nachbarland Grossbritannien zu verkraften. Verschiedene Gewerkschaften rebellierten offen gegen die von der Labour-Regierung verfügten Lohnleitlinien — mit dem «Erfolg», dass Premierminister Callaghan bei den unvermeidlich gewordenen Wahlen eine deutliche Niederlage beziehen musste. Die konservative Parteichefin Margaret Thatcher erhielt dank ihrem liberalen Wirtschaftsprogramm die erwartete Chance — eine neue Chance ebenfalls für «good old Britain».

Wahlen auch in Österreich (mit einem klaren Sieg der Sozialisten unter Bruno Kreisky) und in Italien: Dort hatte sich der Schock nach der Ermordung von DC-Präsident Aldo Moro schon bald wieder verflüchtigt; die stillschweigende Zusammenarbeit zwischen KPI und Christlichdemokraten hielt kaum ein Jahr an. In der Wählergunst fielen die Kommunisten, nach den Erfolgen der letzten Jahre, plötzlich wieder spürbar zurück — wohl auch eine Folge des anhaltenden Links-Terrors, der das italienische Politgeschehen überschattete!

Erfolge gegen diese moderne Geissel hatte dagegen die Bundesrepublik zu verzeichnen. Dementsprechend ruhiger wickelte sich das innenpolitische Geschehen ab — von vergeblichen Versuchen der CDU/CSU-Opposition geprägt, der Regierungspolitik unter dem populären Kanzler Schmidt etwas Gleichwertiges gegenüberzustellen.

Massgeblich Schmidts Verdienst war es, dass die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Westeuropa in zwei wichtigen Bereichen Fortschritte machte: Alle EG-Staaten, mit Ausnahme Grossbritanniens, einigten sich auf eine engere währungspolitische Zusammenarbeit (EWS), eine Massnahme gegen die unberechenbaren Schwankungen des Dollarkurses, die auch den Nicht-EG-Staa-

+ CONGO-SALBE

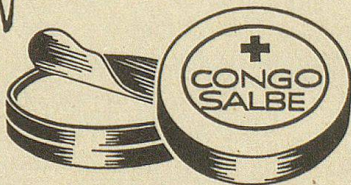
heilt Schürfungen, Kratzwunden, gesprungene Lippen, verkrustete Wunden, Fieberbläschen, Wundröte der Säuglinge, rauhe und aufgesprungene Hände, Sonnenbrand, Wolf, wunde Füsse, unreine Haut und Wundliegen.



Congo-Salbe für die Wundpflege

Sie ist schneeweiss und beschmutzt weder Wäsche noch Kleider.

Dose Fr. 3.50



Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien

ten wie der Schweiz zugute kam. Erstmals sollte ferner das Parlament der EG in direkter Wahl in allen Mitgliedsländern bestimmt werden — wobei freilich meistens innen- und nicht Europa-politische Themen den eher flauen Wahlkampf dominierten.

B. Schweizerische Innenpolitik

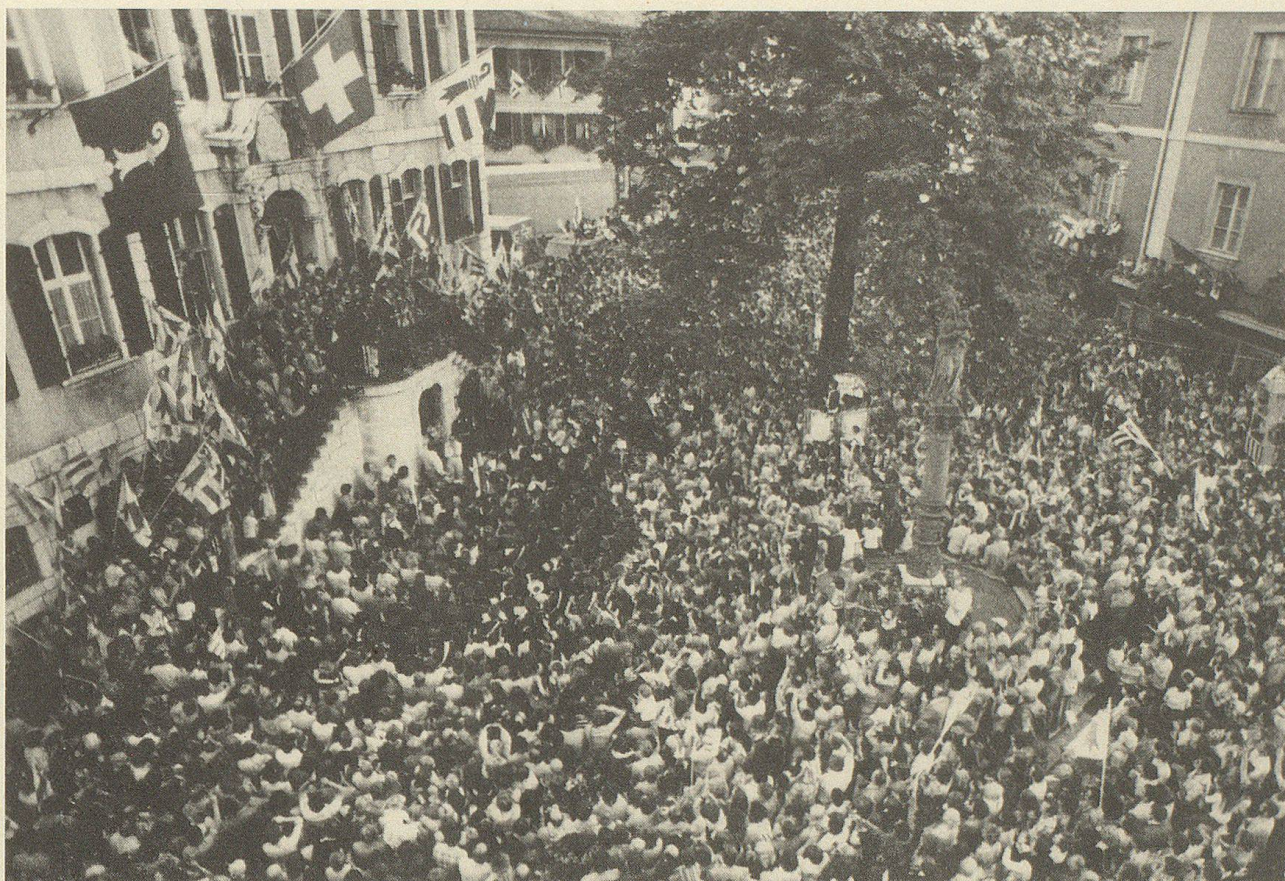
War es auf weltpolitischer Ebene das «Jahr des Irans», so konnte man bei uns mit einigem Recht vom «Jahr des Juras» sprechen. Tatsächlich erlebte die Schweiz erstmals seit 1815 die Geburt eines neuen Kantons; am 1. Januar 1979 wurde der Kanton Jura als vollwertiger 23. Stand in die Eidgenossenschaft aufgenommen. Genauer gesagt handelte es sich nur um die ehemals nordjurassischen Bezirke des Kantons Bern; die ebenfalls nach dem Wiener Kongress Bern zugefallenen südjurassischen Gemeinden hatten sich im Rahmen der verschiedenen Plebiszite mehrheitlich für die weitere Zugehörigkeit zu Bern ausgesprochen.

Die Gründung des Kantons Jura fand die überwältigende Zustimmung des Schweizervolkes und aller Stände. Bei einer Stimmbeteiligung von allerdings nur 41,5 Prozent wurden nicht weniger als 82,3 Prozent Ja-Stimmen in die Urne gelegt. Viele Schweizer glaubten, sich und der Eidgenossenschaft damit ein leidiges Problem vom Leib schaffen zu können. Zu Recht war jedoch von manchen Kommentatoren darauf hingewiesen worden, dass das Jura-Problem damit entschärft, aber nicht endgültig gelöst werden könne. Umgehend nach dem Volksentscheid erklärten denn auch Vertreter des Rassemblement Jurassien am Fest des jurassischen Volkes in Delsberg, der Kampf um die Wiedervereinigung mit dem Südjura gehe weiter. Dass es dem RJ unter Roland Béguelin ernst mit dieser Absicht war, bewies das unwürdige Seilziehen im Vorfeld des geplanten Festes zur Aufnahme des Kantons Jura in die Eidgenossenschaft: Das RJ agitierte so lange gegen die Teilnahme von Bundesrat Furgler — der Vorsteher des EJPD hatte in der vorangegangenen Session einen RJ-Vertreter etwas

unsanft zurechtgewiesen —, bis die Kantonsregierung die Fête abblasen musste.

Abgesehen von derartigen kleineren «Störungen» blieb unserem Land der innere Friede erhalten; kaum je in Gefahr war auch das gute Einvernehmen zwischen den Sozialpartnern. Das war durchaus nicht selbstverständlich, kämpften doch verschiedene Teile unserer Wirtschaft noch immer ums Überleben. Zum grössten Problem der Exportwirtschaft wurden die Währungsverschiebungen, die den Kurs der wichtigsten anderen Währungen in die Höhe trieben; der Dollar fiel vorübergehend unter Fr. 1.50, die für uns noch bedeutsamere D-Mark auf unter Fr. —.80. Erst eine Sonderanstrengung unserer Nationalbank in Zusammenarbeit mit den wichtigsten ausländischen Notenbanken vermochte eine Tendenzwende einzuleiten. Nachdem die Teuerung zeitweise einen Tiefststand von 1,0 Prozent erreicht hatte, kündigte sich auch auf diesem Gebiet wieder eine gewisse Tendenzwende an — zumal die Vorgänge in Iran die Benzinpreise schlagartig ansteigen liessen.

Dennoch: Die sich abzeichnende Verknappung der Ölzufuhr, von der unsere Energieversorgung heute zu rund 75 Prozent abhängt, löste kaum politische Bewegung aus; Energiesparappelle verpufften wirkungslos; aber die Diskussion um das Problem der Kernkraft wurde zusehends gehässiger. Anlass genug bot die sogenannte «Atomschutzinitiative», welche für den Bau neuer Anlagen u. a. die Zustimmung der betroffenen Gemeinden und der umliegenden Kantone sowie für den Betrieb bestehender KKW periodisch wiederkehrende Konzessionsverfahren forderte. Die Entscheidung (dagegen) fiel äusserst knapp aus — nach einem emotionsgeladenen Abstimmungskampf. Umso deutlicher genehmigten die Stimmberechtigten das von einem Referendum angefochtene verschärfte Atomgesetz, das für den Bau neuer Anlagen eine Rahmenbewilligung des Bundes (mit Vetorecht des Parlamentes) sowie einen Bedarfsnachweis vorsieht. Nach diesen Volksentscheiden und nach dem KKW-Unfall bei Harrisburg dürfte zumindest eines feststehen: Das auf uns zukommende Energieproblem wird sich nach



Mit einem Volksfest in Pruntrut reagierte die jurassische Bevölkerung auf den positiven Entscheid der Eidgenössischen Volksabstimmung über die Gründung des Kantons Jura. (KEYSTONE)

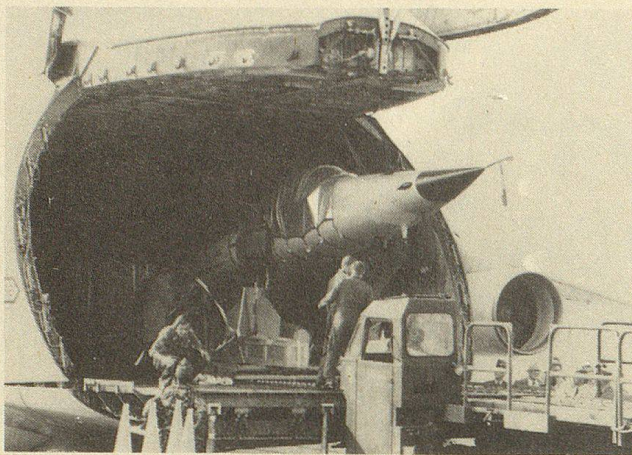
dem heutigen Stand der Erkenntnisse nicht dank friedlicher Nutzung der Atomenergie lösen lassen!

Mögliche Wege zu dessen Bewältigung zeigt der 1700seitige Schlussbericht der Kommission für die Gesamtenergiekonzeption auf; er mündet in die Empfehlung aus, dem Bund im Rahmen eines Verfassungsartikels mehr Kompetenzen im Energiesektor zu verleihen und im besonderen eine Energiesteuer einzuführen.

A propos Steuern: Die Bemühungen des Bundes um eine neue Finanzordnung auf eidgenössischer Ebene schlugen ein weiteres Mal fehl. Trotz substantiellen Erleichterungen bei der Wehrsteuer lehnten die Stimmbürger die Einführung der Mehrwertsteuer wiederum (nach dem 12. Juni 1977) ab. Das Resultat des Urnengangs vom 20. Mai 1979 liess nur eine Deutung offen: Auf Bundesebene sollen die

Ausgaben inskünftig noch stärker in den Griff genommen werden — nachdem die bisherigen Sparübungen kaum jemanden ernstlich berührt hatten.

Die «Sparguillotine» könnte nun freilich auch zentrale Bundesaufgaben treffen, so vor allem die Landesverteidigung: Mit den Rüstungsprogrammen der letzten Jahre sind zwar wesentliche Lücken geschlossen worden; auf einen modernen Stand gebracht wurden namentlich die Panzerabwehr («Dragon»), die Artillerie (Panzerhaubitzen M-109) sowie die Flugwaffe (in Emmen trafen die ersten Flugzeuge vom Typ F-5e «Tiger» ein). Die mehrtägigen Manöver des Feldarmee Korps 4 («Knacknuss») zeigten indessen die Mängel unserer Armee schonungslos auf; neben einem weiteren Ausbau der Panzerabwehrmittel auf Einheitsstufe ist die Beschaffung von Flab-



Grosser Vogel — kleiner Vogel

Der Rumpf eines ersten «Tiger»-Kampfflugzeuges streckt seine spitze Nase in die Schweizer Luft beim Auslad auf dem Militärflugplatz Emmen. Dieser «kleine Vogel» verlässt hier den Laderaum des grössten Flugzeuges der Welt, einer Lockheed-Galaxy, die sechs Northrop F-5E «Tiger» von Kalifornien in die Schweiz flog. (KEYSTONE)

Panzern für die mechanisierten Verbände zu einem dringenden Anliegen geworden.

Wird der Sinn einer starken Armee heute von der grossen Mehrheit der Schweizerbevölkerung eingesehen, so stossen Verbesserungen bei den Polizeimitteln und im Bereich der politischen Zusammenarbeit nicht überall auf Gegenliebe. Dem Projekt einer Bundes-sicherheitspolizei erwuchs vor allem darum Widerstand, weil diese aus kantonalen Beständen zusammengesetzte und jederzeit ab-

rufbare Polizeitruppe vom Bundesrat nicht nur zur Terrorbekämpfung, sondern auch zur allfälligen Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung hätte eingesetzt werden können. Opposition seitens der politischen Linken und föderalistische Bedenken versetzten der Furgler-Vorlage den Todesstoss.

Auch ein weiteres «Lieblingskind» Furglers fiel auf eher steinigem Boden; der Entwurf für eine Totalrevision der Bundesverfassung. Nachdem die anfängliche Euphorie gewisser Kreise einer nüchterneren Betrachtungsweise Platz gemacht hatte, traten im Vernehmlassungsverfahren die Mängel dieses Werkes offen zutage: Besonders kleinere Kantone wie die beiden Appenzell würden in ihren Rechten sehr stark eingeschränkt — ganz zu schweigen von den zahllosen Änderungen im Sozial- und Wirtschaftsbereich.

Bundesrat Furgler war indessen nicht das einzige Mitglied der Landesregierung, das unter Beschuss geriet. Viel Kritik zog sich auch sein Neuenburger Kollege Pierre Aubert zu: Mit seinen umstrittenen Reisen nach Ungarn und Schwarzafrika sowie mit der Ankündigung, den «Aussenminister» der PLO in Bern zu empfangen, machte sich Aubert nicht überall beliebt.

Bereits harrt allerdings eine weit wichtigere Aufgabe des EPD-Vorstehers: Sein Departement ist vom Bundesrat beauftragt worden, die Botschaft über den UNO-Beitritt unseres Landes auszuarbeiten. Die Frage dürfte demnach in absehbarer Zeit auch dem Schweizervolk vorgelegt werden können.

Marty-Einfamilienhäuser

- ansprechende Gestaltung — optimale Grundrisse
 - Qualitätsarbeit durch einheimische Handwerker
 - überdurchschnittliche Isolation — spart viel Heizkosten
 - gesunde, trockene Bauweise mit dem Naturprodukt Holz
 - Erfahrung seit über 50 Jahren — ein Partner dem Sie ruhig vertrauen können
- Telefon 073 22 36 36

marly wohnbau ag 9500 wil

